

SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/99

27. Mai 1974

Die SPD muß nun kämpfen!

Zwei Wochen vor der Wahl in Niedersachsen

Von Jochen Stief

Geschäftsführer des SPD-Landesverbandes Niedersachsen

Seite 1 und 2 / 53 Zeilen

CDU/GSU verdächtigt Bundesrechnungshof

Eine höchst bedauerliche Aktion der Opposition

Von Prof. Dr. Friedrich Schäfer MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 3 / 40 Zeilen

Ein Lehrstück für Demokraten

Notwendige Feststellungen zur "Enthüllung" von "Capital"

Von Lothar Schwartz

Sprecher des SPD-Vorstandes

Seite 4 und 5 / 52 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg

Die SPD muß nun kämpfen !

Zwei Wochen vor der Wahl in Niedersachsen

Von Jochen Stief

Geschäftsführer des SPD-Landesverbandes Niedersachsen

Wir treten jetzt in die letzte entscheidende Phase des niedersächsischen Wahlkampfes ein. In über tausend Versammlungen, bei Hausbesuchen, Diskussionen in den Betrieben, im Bekanntenkreis und auf den Plätzen und Straßen unseres Landes erläuterten und erläutern Sozialdemokraten ihre Politik und stehen dem Bürger Rede und Antwort. Gerade weil uns der Wind tüchtig ins Gesicht weht, brauchen wir die aktive Mitarbeit unserer vielen Mitglieder und Freunde, brauchen wir das unmittelbare Gespräch mit dem Wähler. Die SPD muß jetzt kämpfen.

Wir müssen bei den Wahlen am 9. Juni die Opposition stoppen. Das ist wichtig für die SPD. Das ist wichtig für unser Land. Wir können das guten Gewissens tun, denn unsere Politik ist gut und richtig. Im Mittelpunkt des Wahlkampfes stehen deshalb die Erfolge sozialdemokratischer Landespolitik der letzten vier Jahre: das neue niedersächsische Schulgesetz, das Bildungsurlaubsgesetz, der Entwurf eines Krankenhausorganisationsgesetzes und die stetige Verbesserung der Wirtschaftsstruktur unseres Landes, die dazu führt, daß die Arbeitsplätze sicherer und die Lebenslage der arbeitenden Menschen besser wird. Die Leistungsbilanz ist gut, und für die nächsten vier Jahre haben wir ein Programm vorgelegt, das diese Politik fortsetzt und neue erreichbare Ziele setzt.

Die Wahl in Niedersachsen hat aber auch eine bundesweite Bedeutung. Gewinnt die CDU/CSU, dann kann sie den Bundesrat noch mehr als bisher als Instrument der Parteipolitik mißbrauchen. Die Opposition könnte in Ermangelung eigener politischer Alternativen die Arbeit des Bundestages und der sozial-liberalen Koalition unter Helmut Schmidt weitgehend blockieren.

Das darf nicht sein, und das können ernsthaft auch nicht die Wähler wollen, die uns bei der Bundestagswahl 1972 in so großer Zahl ihr Ver-

trauen gegeben haben.

Denn die Bundesrepublik ist wirtschaftlich und politisch trotz aller Schwierigkeiten das stabilste Land in der westlichen Welt. Unsere Aussage von 1972: "Wer morgen sicher leben will, muß heute für Reformen kämpfen" gilt heute noch mehr als vor zwei Jahren. Viele für den Bürger wichtige und positive bundespolitische Entscheidungen sind nicht in dem notwendigen Maße vermittelt worden. Das müssen wir jetzt tun. Deshalb wird die Bundespolitik in diesem Wahlkampf ihre Rolle spielen müssen.

Die Auseinandersetzung der letzten Wochen zeigt, und das wird sich nicht ändern: Die CDU/CSU hat keine Alternative. Sie setzt gezielt auf Angst und Panikmache und will, indem sie die große Krise herbeiredet, sich ein Alibi verschaffen, um die notwendigen Reformen zurückzudrehen. Wir müssen klar sagen, was unser Land von der CDU zu erwarten hat: nichts in der Sache und nichts personell. Ihr Spitzenkandidat Hasselmann hat nichts auszusagen. Der CDU ist das bekannt. Deswegen hat sie strikt den Rat befolgt, der ihr in einer von ihr in Auftrag gegebenen Studie erteilt wurde, und hat drei Politiker, die bestimmte Fachbereiche vertreten sollen, um Hasselmann herum gruppiert. Ihr Pech ist es, daß kaum jemand diese Herren kennt.

Zu unserem Ministerpräsidenten Alfred Kubel, einem erfahrenen Politiker, der weiß, was machbar ist und der Niedersachsen aus langjähriger Arbeit genau kennt, hat die CDU keine Alternative. Aber gerade deswegen haben wir alle Veranlassung, den niedersächsischen Wählern unseren ersten Mann in der Regierung noch näherzubringen. In diesen letzten Wochen müssen wir unsere Leistungen offensiv vertreten, das Gespräch mit dem Bürger verstärken und den Mut haben, auch offen unsere Meinung zu sagen. Wir müssen Zusammenhänge klären, auch wenn es schwierig ist, denn unsere Mitbürger schätzen eine ehrliche Sprache.

Niedersachsen braucht in den nächsten Jahren Alfred Kubel und die Sozialdemokraten in der Regierungsverantwortung. (-/27.5.1974/ks/ee)

+ + +

CDU/CSU verdächtigt Bundesrechnungshof

Eine höchst bedauerliche Aktion der Opposition

Von Prof. Dr. Friedrich Schäfer MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagefraktion

Bei den Haushaltsberatungen in der Nacht vom 21./22. Mai 1974 hat sich - ohne große Publizität zu finden - im Plenum des Bundestages etwas zugetragen, was seit der Gründung der Bundesrepublik einmalig ist: Eine Fraktion, die der CDU/CSU, hat sich bei der Abstimmung über den Haushaltsplan des Bundesrechnungshofes der Stimme enthalten. Die CDU-Abg. Liselotte Pieser, formulierte dies laut Protokoll so: "In der politischen Diskussion der letzten Monate sind Zweifel in der Öffentlichkeit entstanden, ob der Bundesrechnungshof immer in überzeugender Abgrenzung gegenüber den zu prüfenden Instanzen gehandelt hat, oder wie sonst Voten zustande kommen konnten, wie wir sie bei der Auseinandersetzung im Zusammenhang mit dem vom Haushaltsausschuß geforderten Gutachten über den Einzelplan 23 zu beraten hatten."

Der Grund für diese Haltung liegt offenbar im Gutachten des Bundesrechnungshofes über den Durchführungsbereich der technischen Entwicklungshilfe, insbesondere aber in der Diskussion über dieses Gutachten im Rechnungsprüfungsausschuß. Der Haushaltsausschuß hatte den Bundesrechnungshof um ein Gutachten gebeten, das dazu dienen sollte, Vorschläge für die Reorganisation in einem Teilbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit zu machen. Dieses Gutachten, das unter "VS-Vertraulich" (Verschlußsache) erstattet wurde, war vom Sprecher der Opposition in die Öffentlichkeit gespielt worden, um noch vor der Prüfung durch den Ausschuß parteipolitisch ausgeschlachtet zu werden. In der dann erfolgenden Beratung des Rechnungsprüfungsausschusses konnten die zuständigen Beamten des Bundesrechnungshofes keinen einzigen der gravierenden Vorwürfe gegen das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit aufrecht erhalten. Die CDU-Abg. Liselotte Pieser sagte dazu, "daß der Bundesrechnungshof selber die von ihm getroffenen Feststellungen in gewissem Umfang in Frage stellte, modifizierte oder abmilderte".

Hätte die CDU/CSU nicht den Versuch gemacht, das Gutachten als Munitionskiste für den Abschluß eines Ministers zu gebrauchen, sondern wäre es von vornherein im Rechnungsprüfungsausschuß behandelt worden, so hätte sich gezeigt, daß dem Bundesrechnungshof ein Gutachten mißlungen ist. Jetzt aber zeigte sich, daß eine kleine Gruppe von CDU/CSU-Politikern durch parteipolitischen Mißbrauch dieses Gutachtens auf die Nase gefallen ist. Sie meinen aber, nun die Schuld auf den Bundesrechnungshof schütten zu können, indem sie Verdächtigungen aussprechen, die richterlich unabhängigen Beamten des Bundesrechnungshofes seien hier einer Weisung gefolgt.

Der Bundesrechnungshof wird sich sicherlich zu wehren wissen. Festzuhalten ist aber, daß aus den Reihen der CDU/CSU-Fraktion heraus eine Aktion gestartet wurde, die dazu geeignet ist, das Vertrauen in die Institutionen unseres Staates zu untergraben.

(-/27.5.1974/ks/pr)

+ + +

Ein Lehretück für Demokraten

Notwendige Feststellungen zur "Enthüllung" von "Capital"

Von Lothar Schwartz

Sprecher des SPD-Vorstandes

Eine "Enthüllungs-Bombe" - am vergangenen Mittwoch aus der Redaktion des Wirtschaftsmagazins "Capital" angekündigt und aus Gründen der Verkaufswerbung in Vorabdrucken auch schon "teilgezündet" - hat sich als grandioser Blindgänger und - hoffentlich! - auch abschreckender Fall von Sensationsmache erwiesen. Am Sonntagnachmittag mußte Chefredakteur Simoneit unter dem Druck der Fakten seine trotzigste Vorwärts-Strategie aufgeben und mit dem Eingeständnis eines "capitalen" Bocks den vollen Rückzug antreten. Nach vor Er-
laß der vom Rechtsanwalt des inkriminierten und diffamierten Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Dr. Günther Mollau, beantragten einstweiligen Verfügung gegen die Veröffentlichung einer angeblichen Studie des amerikanischen Geheimdienstes CIA haben Verlag und Chefredaktion der bisher als seriös geltenden Zeitschrift den Verzicht auf Abdruck mitgeteilt und dem Betroffenen eine telegrafische Entschuldigung übermittelt.

Damit hat sich in vollem Umfang und noch rascher als erwartet die am vergangenen Mittwoch abgegebene Stellungnahme des SPD-Vorstandes bestätigt, wonach es sich bei der "Capital"-Story nur um einen weiteren Polit-Krimi handeln könne, mit dem Verwirrung in die deutsche Öffentlichkeit getragen und von den wirklichen Gegenständen der notwendigen sachlichen politischen Auseinandersetzung in unserem Lande abgelenkt werden sollte.

Trotz sofortiger unzweideutiger und energischer Dementis der amerikanischen Regierung und ihres Botschafters in Bonn wagte "Capital" ein journalistisches Power-Play, das drei Tage lang Schlagzeilen machte, ehe am Sonntagnachmittag das zwielichtige Unternehmen wie eine Seifenblase - allerdings mit weitaus größerem Knall - platzte.

Obwohl beim SPD-Vorstand von Anfang an der zwingende Eindruck bestand, daß bei "Capital" nicht mit der gebotenen journalistischen Sorgfalt verfahren

worden sein konnte, erfüllt uns die nunmehr eingetretene Situation, die einem journalistischen Offenbarungseid der für die Zeitschrift "Capital" Verantwortlichen gleichkommt, nicht mit Schadenfreude. Wir sind nämlich der Auffassung, daß in der "Capital"-Redaktion zwar in einem bestürzenden und schwer entschuldbare Ausmaß fahr- und nachlässig recherchiert und entschieden, aber sicherlich nicht vorsätzlich gehandelt worden ist. Deshalb sollte und müßte es auch ein ureigenes Interesse von Verlag und Redaktion dieser Zeitschrift sein, zur Entlarvung der Hintermänner dieses Vorganges mit allen Kenntnissen, Erkenntnissen und mit der Bereitschaft zur evtl. notwendigen journalistischen Selbstreinigung beizutragen. Dazu sollte und müßte u.a. eine ungeschminkte Antwort auf die Frage gehören, wer das zum Debakel für "Capital" gewordene Machwerk an die Redaktion bzw. ihren Chefreporter herangespielt hat oder, wer, während der anschließenden Recherchen, den Wahrheitsgehalt oder auch nur eine gewisse Seriosität der angeblichen "CIA-Studie" bestätigt hat.

Dazu sollten sich Verlag und Redaktion von "Capital" nicht nur aus Selbstverständnis und Selbstachtung, sondern nicht zuletzt auch deshalb verpflichtet fühlen, um endlich jenen Dunkelmännern, Demagogen und Brunnenvergiftern das Handwerk legen zu helfen, die seit den fünfziger Jahren und in den letzten Wochen - in einer nicht mehr für möglich gehaltenen "Renaissance" - die Strategie des bedenkenlosen Rufmordes gegenüber verdienten und zuverlässigen Demokraten wieder in die politische Auseinandersetzung eingeführt oder dies zumindest versucht haben. Die Leichtfertigkeit und Sensationallüsternheit, auf die sie dabei in Teilen der Publizistik gestoßen sind, sollten mit dem Lehrstück "Capital" ein auf Selbstkritik gegründetes dauerhaftes Ende haben.

(-/27.5.1974/ks/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller